

# Gemeinde Lindlar



Auskunft erteilt: Oliver Flohr  
Geschäftszeichen: of/sv  
Zimmer Nr.: 400  
Telefondurchwahl: (02266) 96 408  
Telefax: (02266) 96 7 408  
E-Mail: [oliver.flohr@gemeinde-lindlar.de](mailto:oliver.flohr@gemeinde-lindlar.de)  
Homepage: <http://www.lindlar.de>

Lindlar, den 10. September 2010

## Niederschrift

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie die Niederschrift zur Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hermann-Josef Tebroke  
Bürgermeister

Gremium	Sitzungs-Nr.
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>6</b>
Sitzungsort	Sitzungstag
Sitzungssaal des Rathauses, Borromäusstr. 1, 51789 Lindlar 4. Obergeschoss, Raum 402	31.08.2010
Sitzungsbeginn	Sitzungsende
17.33 Uhr	19.15 Uhr

<b>Anwesend:</b>	<b>Entschuldigt fehlten:</b>
<p>Vorsitzender</p> <p>Tebroke, Dr. Hermann-Josef</p>	
<p><b>Mitglieder</b></p> <p><b>CDU-Fraktion:</b>  Broich, Elisabeth  Fischer, Achim  Heller, Guidor  Krieger, Dr. Klemens  Kümper, Manfred  Orbach, Harald (ab 18.15 Uhr - während TOP 7)  Orbach, Wilfried  Puschatzki, Eckhard  Schmitz, Hans  Stadler, Wolfgang  Walter, Ortwin (bis 18.15 Uhr - während TOP 7)</p> <p><b>SPD-Fraktion:</b>  Dreiner-Wirz, Jürgen  Freiberg, Lutz  Thiem, Heinrich  Voß, Heribert</p> <p><b>Bündnis 90/Die Grünen:</b>  Heuwes, Patrick  Schlichtmann, Jörg</p> <p><b>FDP-Fraktion:</b>  Lob, Erika  Friese, Harald</p>	
<p><b>von der Verwaltung:</b>  Flohr, Oliver  Hütt, Werner  Käsbach, Harald (bis einschließlich TOP 10)</p>	

behandelte  
**Tagesordnung**

zur 6. Sitzung des  
**Haupt- und Finanzausschusses**  
der Gemeinde Lindlar

am 31.08.2010

TOP	Beratungsgegenstand - Öffentlicher Teil -
1.	Feststellung der form- und fristgerechten Einberufung und Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses
2.	Benennung eines Schriftführers
3.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.07.2010 <i>- öffentliche Sitzung -</i>
4.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.07.2010 <i>- öffentliche Sitzung -</i>
5.	Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln Kreis- u. Jugendamtsumlage 2010
6.	Berichtswesen für den NKF-Haushalt 2010
7.	Sachstandsbericht zu Baumaßnahmen Konjunkturpaket II
8.	Winterdienst hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
9.	Informationen der Verwaltung 1.) Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema „Energie-Effizienz an öffentlichen Gebäuden“ 2) Neuer Personalausweis/Bürgerbüro 3) Bericht über den Stand der interkommunalen Zusammenarbeit Engelskirchen / Lindlar
10.	Verschiedenes
TOP	Beratungsgegenstand - Nichtöffentlicher Teil -
11.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.07.2010 <i>- nichtöffentliche Sitzung -</i>
12.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.07.2010 <i>- nichtöffentliche Sitzung -</i>
13.	Bestellung einer Fachleiterin
14.	Informationen der Verwaltung
15.	Verschiedenes

Formatiert: Nummerierung und Aufzählungszeichen

## Öffentlicher Teil

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung um 17.33 Uhr. Er begrüßt die Ausschussmitglieder, die anwesenden Zuschauer sowie die Presse.

Zu TOP 7 verweist er auf die Ergänzungsvorlage, welche am 25.08.2010 verschickt wurde.

Zu TOP 9 verweist der Bürgermeister auf die Tischvorlage zum Thema „Energie-Effizienz an öffentlichen Gebäuden“ (grün) und die Tischvorlage „Bericht über den Stand der interkommunalen Zusammenarbeit Engelskirchen / Lindlar“ (gelb).

### Zu TOP 1:

#### **Feststellung der form- und fristgerechten Einberufung und Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses**

Der Bürgermeister stellt die form- und fristgerechte Einberufung und Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest.

### Zu TOP 2:

#### **Benennung eines Schriftführers**

##### **Beschluss:**

Als Schriftführer für diese Sitzung wird der Allgemeine Vertreter, Herr Oliver Flohr, bestellt.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	einstimmig
-----------------------------	------------

### Zu TOP 3:

#### **Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.07.2010 - öffentliche Sitzung -**

Es ergeben sich keine Rückfragen oder Anmerkungen.

### Zu TOP 4:

#### **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.07.2010 - öffentliche Sitzung -**

Da keine Einwände oder Beanstandungen vorgebracht wurden, stellt der Vorsitzende die Richtigkeit der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 07.07.2010 - öffentlicher Teil - fest.

### Zu TOP 5:

#### **Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln Kreis- u. Jugendamtsumlage 2010**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

AM H. Schmitz verweist für die CDU-Fraktion auf den laufenden Auftrag an die Verwaltung zu prüfen, ob es für die Gemeinde Lindlar von Vorteil ist, mit anderen Kommunen ein eigenes Jugendamt aufzubauen und führt weiter aus, dass die Abweichung vom

Haushaltsansatz relativ gesehen gering und die Jugendamtsumlage zudem eine Pflichtausgabe sei.

AM Dreiner-Wirz trägt für die SPD-Fraktion vor, dass die Mehrausgaben in Höhe von 88.000 € schon prägnant seien. Hinzu komme, dass man vor Ort zu wenig von der Arbeit des Kreisjugendamtes sehe. Daher werde die SPD-Fraktion nicht zustimmen.

AM Heuwes erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass Jammern und Schimpfen nichts nütze, man müsse die Kreisumlage zahlen.

AM Friese begrüßt die intensive Arbeit der Verwaltung bei Prüfung der interkommunalen Zusammenarbeit. Auf Dauer sei ein eigenes Jugendamt mit Beteiligung einer zweiten Kommune sicher sinnvoller als das Kreisjugendamt.

Der Bürgermeister verweist auf die Anträge der CDU-Fraktionen Engelskirchen/Lindlar und SPD-Fraktionen Engelskirchen/Lindlar. Ein Auftrag sei zu prüfen, ob es sinnvoll ist, weiter die Dienste des Kreisjugendamtes zu nutzen oder mit Engelskirchen ein Jugendamt aufzubauen. Er verweist ergänzend hierzu auf die gemeinsamen Treffen der Verwaltungsvorstände Engelskirchen und Lindlar und auf die Tischvorlage zu TOP 9 (gelbes Blatt). Des Weiteren berichtet der Bürgermeister über Treffen mit Vertretern des Kreises und des Kreisjugendamtes. Von den Vertretern der Gemeinde Lindlar seien die Prozesse, fehlende Transparenz und Rechenschaft kritisch angesprochen worden. Wichtige Fragen seien seitens des Kreises noch unbeantwortet. Das nächste Treffen mit dem Kreisjugendamt finde Ende September statt; ein Tag später sei dann wieder ein Treffen mit dem Verwaltungsvorstand Engelskirchen geplant. Parallel werde derzeit der formal-juristische Weg geklärt; zudem stehe die Gemeinde Lindlar mit anderen „neuen“ Jugendämtern, wie Bedburg und Elsdorf, in Kontakt.

AM Dreiner-Wirz würdigt für die SPD die Arbeit der Gemeindeverwaltung und führt aus, dass man dem Kreis Druck machen müsse, da man sonst keine Auskünfte erhalte. Er führt weiter aus, dass bei Einrichtung eines eigenen Jugendamtes Personal beim Kreis auch abgebaut und nicht Kosten ungenutzter Personalkapazitäten über die allgemeine Kreisumlage weiter den Gemeindehaushalt belasten.

**Beschluss:**

Dem Gemeinderat wird empfohlen, für die Kreis- und Jugendamtsumlage überplanmäßig € 88.327,-- zur Verfügung zu stellen.

Die Deckung erfolgt über Minderausgaben bei der Gewerbesteuerumlage.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Nein-Stimmen	4
	Enthaltungen	0
	Ja-Stimmen	15

**Zu TOP 6:**

**Berichtswesen für den NKF-Haushalt 2010**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Herr Hütt erläutert die Sitzungsvorlage und führt aus, dass mit einem voraussichtlichen Defizit von rund 9 Mio. € anstelle des erwarteten Defizits von 6,4 Mio. € zu rechnen sei. Begründet sei dieses aufgrund der gesunkenen Gewerbesteuereinnahmen, zuversichtlich sei er aber bei der Entwicklung der Einkommenssteuer.


AM H. Schmitz erklärt für die CDU-Fraktion, dass die Zahlen nicht überraschend, aber dennoch besorgniserregend seien. Der vorlegte Bericht sei ein erster Schritt in die richtige Richtung, auf der Grundlage des NKF mehr Transparenz zu schaffen und ein aussagekräftiges Berichtswesen aufzubauen.

AM Dreiner-Wirz fragt für die SPD-Fraktion nach, welche Konsequenzen die Verwaltung mit Hilfe dieses Berichts vorschlägt.

AM Heuwes erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass mit Hilfe dieses Controllinginstruments die Verwaltung nun auch Konsequenzen für die weitere Haushaltsführung vorzutragen habe. Es gäbe sicherlich noch diverse Positionen die zu überprüfen seien.

AM Friese verweist für die FDP-Fraktion auf einen Fehler in der Vorlage hin und bedankt sich für die gute Information.

Herr Hütt klärt den Fehler in der Vorlage auf und erläutert den Sachverhalt an den korrigierten Zahlen (siehe nachfolgende Tabelle):

		Ratsinformation Gemeinde Lindlar					Abweichungen kum. Ansatz/ Ergebnis 2010 zum 30.06.2010	Abweichungen kum. Ansatz/ Ergebnis 2010 zum 30.06.2010	
		Ist Vorjahr 2009	Haushalts- ansatz 2010	kum. Ansatz 2010 zum 30.06.2010	kum. Soll 2010 zum 30.06.2010	Abgrenzungen zum 30.06.2010			Ergebnis zum 30.06.2010
Bericht zum 30.06.2010		T €	T €	T €	T €	T €	T €	%	
<b>A Ergebnisrechnung</b>									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	22.027	20.860	10.430	14.650	5.377	9.273	-1.157	-11,1
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.833	4.124	2.062	3.409	1.139	2.270	208	10,1
3	Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte	2.636	2.715	1.357	2.336	942	1.394	37	2,7
4	Privatrechtliche Leistungsentgelte	229	176	88	118		118	30	34,1
5	Erträge aus Kostenerstattung/-umlagen	1.043	1.033	516	236	-136	372	-144	-27,9
6	Sonstige ordentliche Erträge	3.735	1.159	579	586		586	7	1,2
7	Aktivierete Eigenleistungen	2	9	5	0		0	-5	-100,0
	<b>Ordentliche Erträge</b>	<b>35.505</b>	<b>30.076</b>	<b>15.037</b>	<b>21.335</b>	<b>7.322</b>	<b>14.013</b>	<b>-1.024</b>	<b>-6,8</b>
8	Personalaufwendungen	5.834	5.008	2.504	2.140	150	2.290	-214	-8,5
9	Versorgungsaufwendungen	694	375	187	233	-27	206	19	10,3
10	Aufwendungen für Sach-/Dienstl.	6.481	8.283	4.142	4.414		4.414	272	6,6
11	Bilanzielle Abschreibungen	3.722	3.508	1.763	1.703		1.703	-60	-3,4
12	Transferaufwendungen	16.718	16.242	8.121	8.288	-203	8.085	-36	-0,4
13	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.606	1.430	715	981		981	266	37,2
	<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>35.055</b>	<b>34.846</b>	<b>17.432</b>	<b>17.759</b>	<b>-80</b>	<b>17.679</b>	<b>247</b>	<b>1,4</b>
	<b>Ergebnis lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>450</b>	<b>-4.770</b>	<b>-2.395</b>	<b>3.576</b>	<b>7.242</b>	<b>-3.666</b>	<b>-1.271</b>	
14	Finanzerträge	689	1.215	607	466		466	-141	-23
15	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.949	2.875	1.437	903	432	1.335	-102	-7
	<b>Finanzergebnis</b>	<b>-2.260</b>	<b>-1.660</b>	<b>-830</b>	<b>-437</b>	<b>432</b>	<b>-869</b>	<b>-39</b>	<b>5</b>
	<b>Jahresfehlbetrag(-)/Jahresüberschuß</b>	<b>-1.810</b>	<b>-6.430</b>	<b>-3.225</b>	<b>3.139</b>	<b>7.674</b>	<b>-4.535</b>	<b>-2.560</b>	
<b>B Kennzahlen</b>									
	Einwohner 31.12.2009	22.203	22.203		22.203		22.203		
	Steueraufkommen je Einwohner in €	992,07	939,51		659,82		417,65		
	Zuwendungen und Allgemeine Umlagen je Einwohner in €	262,71	185,74		153,54		102,23		
	Transferaufwendungen je Einwohner in €	752,96	731,52		373,28		364,13		
	Personalkosten je Einwohner in €	262,76	225,56		96,38		103,14		
	Zinsaufwendungen je Einwohner in €	132,82	129,49		40,67		60,12		

Herr Hütt führt aus, dass Einsparungen für das laufende Haushaltsjahr kaum noch möglich seien. Der Bürgermeister ergänzt, dass die Zwischenberichte eine wichtige Grundlage für die anstehenden Haushaltsplanberatungen seien.

AM Freiberg fragt nach dem Stand der Genehmigung des Haushaltsplans 2010.

Herr Hütt teilt mit, dass der Gemeindehaushalt wie bekannt nicht genehmigungsfähig ist, das Investitionsbudget aber kürzlich vom Kreis genehmigt sei. Zudem sei der Bereich der freiwilligen Mittel genehmigt, da der Ansatz in 2010 unter dem Ansatz von 2009 sei.

#### **Zu TOP 7:**

##### **Sachstandsbericht zu Baumaßnahmen Konjunkturpaket II**

Auf die Sitzungs- und Ergänzungsvorlage wird verwiesen.

Herr Käsbach erläutert die Sitzungsvorlage und trägt vor, dass man mit einigen Maßnahmen in Verzug sei, da die verantwortliche Mitarbeiterin seit Mai erkrankt und frühestens ende Oktober wieder arbeitsfähig sei. Hilfsweise seien bereits externe Architekten beauftragt. Man hoffe, dass alle Arbeiten rechtzeitig beendet werden.

AM H. Schmitz bedankt sich für die CDU-Fraktion für die Informationen.

AM Dreiner-Wirz merkt für die SPD-Fraktion nach, dass „Hoffen“ nicht reiche. Bevor die Gemeinde Gelder zurückzahlen müsse, solle sie lieber zusätzliches Personal für diese Maßnahmen einstellen.

AM Heuwes hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen keine Wortmeldung.

AM Friese fragt für die FDP-Fraktion nach dem Stand der DSL-Versorgung, welchen er in dieser Vorlage vermisste.

Herr Käsbach führt aus, dass nicht nur der Ausfall der Mitarbeiterin verantwortlich für den Verzug sei, sondern auch die Tatsache, dass aufgrund der wieder anziehenden Konjunktur und einer verbesserten Auftragslage viele Firmen voll ausgelastet seien und die Preise in Einzelfällen um bis zu 35 % über die Planungsansätze gestiegen seien. Ob und inwieweit aufgrund von Kostensteigerungen gar einzelne Maßnahmen gestrichen werden müssten, könne aktuell noch nicht gesagt werden. Dies werde laufend geprüft und ggf. zur Beratung und Entscheidung dem Ausschuss wieder vorgelegt.

AM Heller bestätigt die hohe Auslastung vieler Firmen und die teilweise erheblichen Preissteigerungen.

Zur Frage nach dem DSL-Ausbau teilt der Bürgermeister mit, dass das aktuell das Interessenbekundungsverfahren laufe.

Nachtrag: Entsprechend des Beschlusses des HFA (TOP 5, Sitzung vom 28.04.2010) wurde ein Consulting-Büro mit der Vorbereitung des Ausschreibungsverfahrens für das Projekt „DSL-Versorgung für die Ortschaften Frielingsdorf/Scheel/Nieder-habbach) beauftragt. Die Aufforderung zur Angebotsabgabe wird am 09.09.2010 auf der Internetseite von MEDIA-NRW und auf der

Website der Gemeinde Lindlar veröffentlicht. Die Angebotsfrist läuft bis 11.10.2010, die Zuschlagsfrist wurde auf den 05.11.2010 terminiert. Parallel zu dieser Ausschreibung wird eine nachvollziehbare Bedarfsabfrage bei den Haushaltungen des Projektgebietes erfolgen (Fragebogen mit Rückgabefrist bis 05.10.2010).

#### **Zu TOP 8:**

##### **Winterdienst**

##### **hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe**

Auf die Sitzungs- und Ergänzungsvorlage wird verwiesen.

AM H. Schmitz führt für die CDU-Fraktion aus, dass die Erhöhung im Musterbeispiel auf 400 % relativ hoch sei, absolut mit 36 € noch vertretbar sei, auch wenn es sicherlich einigen Mitbürgern schwer falle, eine solche Beitragserhöhung zu zahlen. Jedoch war ein extremer Winter und dafür habe man eine gute Dienstleistung erhalten. Die CDU spräche sich für eine zeitnahe Erhöhung in 2011 aus, damit auch gegebenenfalls schnell wieder eine Reduzierung möglich werde.

AM Dreiner-Wirz führt für die SPD-Fraktion aus, dass man die Erhöhung zähneknirschend hinnehme, jedoch liege ihm dieses Rauf und Runter der Winterdienstgebühren schwer im Magen.

AM Heuwes trägt für Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, dass man sich nicht den Winter aussuchen könne und der Winter sowohl positive als auch negative Seiten habe. Hätte man zur Senkung der Gebühren in den Vorjahren nicht alle Rücklagen aufgelöst, dann müsste die Erhöhung für 2011 nicht so hoch ausfallen.

AM Friese führt für die FDP-Fraktion aus, dass der „Winter macht was er will“. Die Streugüter seien aufgrund der hohen Nachfrage teurer geworden. Die Bandbreite der Gebührensätze der Gemeinde Lindlar im Zeitablauf sei im Vergleich okay.

##### **Beschluss:**

Dem Gemeinderat wird empfohlen, im Haushaltsjahr 2010 bei der Produkt-Nr. 1.54.03.01, Sachkonto 525601 „Winterdienst“, insgesamt 515.000,00 € überplanmäßig bereit zu stellen.

Die Deckung der überplanmäßigen Ausgabe soll durch eine Gebührenerhöhung im Haushaltsjahr 2011 erfolgen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Ja-Stimmen	19

**Zu TOP 9:****Informationen der Verwaltung****1.) Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema „Energie-Effizienz an öffentlichen Gebäuden“**

Es wird auf die Tischvorlage (grün) verwiesen (siehe Anlage 1).

Herr Käsbach erläutert die Antworten und weist daraufhin, dass sein Fachbereich unabhängig von politischen Anfragen die „Klimakiller“ beobachtet und entsprechend handelt.

AM Kümper bedankt sich für die Beantwortung der Fragen. Die Zahlen seien wichtig, um vergleichen und steuern zu können.

AM Dreier-Wirz weist daraufhin, dass es möglich sein müsse, noch genauere Vergleiche zwischen einzelnen Gebäuden herzustellen. Die Verwaltung solle auch weitere Kooperationsmöglichkeiten, etwa mit der Energiegenossenschaft Lindlar, und die Nutzung alternativer Energiequellen und Heizungsanlagen prüfen.

AM Heuwes bedankt sich für die Tischvorlage, fragt aber nach, wieso die Vorlage nicht eher vorgelegt wurde.

Der Bürgermeister entschuldigt sich bei den Ausschussmitgliedern und teilt mit, dass die Vorlage versehentlich nicht mit der Einladung verschickt worden sei.

Es folgt eine Diskussion über den mit der Beantwortung der vorgelegten Anfrage verbundenen Aufwand und Nutzen. Einerseits seien die Informationen eine wichtige Entscheidungsgrundlage für die Ausschussmitglieder, andererseits solle darauf geachtet werden, dass der Nutzen nicht durch den hohen Aufwand – zumal bei Personalengpässen – überkompensiert werde.

**2.) Neuer Personalausweis / Bürgerbüro**

Der Bürgermeister teilt mit, dass am 1. November 2010 der neue Personalausweis im Scheckkartenformat den bisherigen Personalausweis ablöse. In dem neuen Personalausweis sei ein Chip integriert, auf welchem alle persönlichen Daten maschinenlesbar gespeichert seien. Der neue Ausweis erweitere die herkömmlich bekannte Nutzung eines Ausweises. So könne der Personalausweis – wenn gewünscht – als Identifikationsdokument vor allem in den zahlreichen Internet-Angeboten genutzt werden. Der Nutzer könne bestimmen, ob er sich online ausweisen und damit rechtsverbindliche Geschäfte, für die ansonsten eine Originalunterschrift notwendig wäre, tätigen können will.

Für Personen ab dem 24. Lebensjahr solle die Gebühr für die Ausstellung des neuen Personalausweises nun 28,80 Euro (früher 8,- Euro), unter 24-Jährige müssen 22,80 Euro entrichten; die Gebührenbefreiung für die erstmalige Ausstellung eines Personalausweises soll entfallen. Sofern die Freischaltung für die Online-Funktionen schon bei der Antragstellung erfolge, ist dieser zusätzliche Dienst in den Gebühren enthalten. Die nachträgliche Freischaltung sei gebührenpflichtig und koste 6,- Euro. Für das Ändern

der PIN durch das Einwohnermeldeamt oder das Entsperren der Online-Funktion solle ebenfalls eine Gebühr in Höhe von 6,- Euro erhoben werden.

Aufgrund der zahlreichen neuen Funktionen des Personalausweises werde sich die durchschnittliche Bearbeitungszeit für die Antragstellung von zurzeit 7,5 min/Antrag auf 22,5 min/Antrag erhöhen (Hochrechnung der Stadt Düsseldorf). Der Bürgermeister führt aus, dass die drei Mitarbeiter (3 Vollzeitstellen) schon voll ausgelastet seien und darum mit einem zusätzlichen Personalbedarf in Höhe von ca. 0,5 Stelle und weiterem Raumbedarf zu rechnen sei.

In diesem Zusammenhang verdeutlicht er, dass die Verwaltung nicht die Einrichtung eines sogenannten Bürgerbüros vergessen habe. Die Beanspruchung des Fachbereichs durch die letzten Wahlen hätte es jedoch nicht erlaubt, das Projekt „Bürgerbüro“ zügiger zu bearbeiten. In diesem Zusammenhang verweist er auf die tatsächliche Erreichbarkeit der Mitarbeiter, die über die ausgewiesenen Öffnungszeiten deutlich hinausgingen. In Notfällen hätten die Mitarbeiter selbst an Wochenenden unbürokratisch Hilfestellung geleistet und z.B. Pässe ausgestellt.

Der Bürgermeister führt weiter aus, dass die Mitarbeiter des Einwohnermeldeamtes grundsätzlich bereit seien, die offiziellen Öffnungszeiten auszuweiten, ggf. auch an Samstagen erreichbar zu sein. Im Übrigen müssten zum zusätzlichen Personalbedarf für den neuen Personalausweis weitere Informationen abgewartet werden. Außerdem müsse man evtl. auch bauliche Veränderungen vornehmen. Der Personalrat sei ebenfalls in die Überlegungen der Verwaltung einzubinden. In der nächsten oder übernächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sollen Details so weit möglich vorgestellt und zu Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

### **3.) Bericht über den Stand der interkommunalen Zusammenarbeit Engelskirchen / Lindlar**

Der Bürgermeister verweist auf die gelbe Tischvorlage (siehe Anlage 2) und auf seine Ausführungen zu TOP 5. Auch die Verwaltung der Gemeinde Engelskirchen teile den Ratsvertretern die Übersicht aus dem internen Protokoll der gemeinsamen Verwaltungsvorstandssitzungen mit, welche den Stand vom 23.06.2010 wiedergebe. Zwischenzeitlich gebe es neue Erkenntnisse z. B. bei Punkt C 6. Hier sei Kontakt mit den Gemeindegemeinschaften aufgenommen worden, die jedoch von dem Angebot eines gemeinsamen Treffens Abstand genommen hätten, da sich die jeweiligen Sportvereine lieber direkt austauschen würden.

#### **Zu TOP 10:**

##### **Verschiedenes**

Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

**Ende des öffentlichen Teils um 18:55 Uhr**